

Grundlage operieren wollen, aber auf dieser Grundlage zu einer weitergehenden Regulation bereit sind als andere Fraktionen des neoliberalen Hegemonieprojekts.« (Georgi & Kannankulam 2012, 11).

Neben diesen moderaten Kräften innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts, die sich klar einer proeuropäischen Orientierung zuschreiben lassen und zugleich auf die gesellschaftlichen Diskurse in Zeiten der Finanzkrise in ihren strategischen Verortungen Bezug nahmen, findet sich eine weitere, proeuropäisch ausgerichtete Fraktion, die allerdings weitaus stärker zu einem ›Autoritarismus‹ neigt. Eine »*autoritär-neoliberale Strategie* verfolgen vor allem die deutsche Exportindustrie sowie die Transnationalen Konzerne, die im European Round Table of Industrialists und BusinessEurope organisiert sind.« (Ebd.; vgl. Babic 2019; Konecny 2012; Herv. J. G.) Die Strategie dieser Akteur*innen

»gründet sich auf eine Rationalität, welche die EU-Integration seit Jahrzehnten vorantreibt: Europäischer Binnenmarkt als Absatzmarkt und Block in der Weltkonkurrenz; gemeinsame Währung zur Ausschaltung von Währungsschwankungen und Handelsförderung; EU-vermittelte Strukturreformen.« (Georgi & Kannankulam 2012, 10)

Als dritte Fraktionierung innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts lassen sich Akteur*innen beschreiben, die sich einer *national-orthodox-neoliberalen Strategie* zuordnen. Eine solche auf das nationale Scale fokussierte Strategie zeichnet »sich im Wesentlichen durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Krisenlösungen aus.« (Buckel et al. 2012, 34). Akteur*innen dieser neoliberalen Strömung sind dabei insbesondere in den sogenannten Zentrumsstaaten beziehungsweise den nördlichen Euroländern präsent (vgl. ebd.; Georgi & Kannankulam 2012, 9). Ähnlich wie im Falle der moderat-neoliberalen Strategie, in der Anknüpfungspunkte zum proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt angelegt sind, finden sich in der orthodox-neoliberalen Strömung Verbindungslinien zum national-konservativen Hegemonieprojekt, das zu Beginn der transatlantischen Finanzkrise ähnlich wie das neoliberale Hegemonieprojekt »massiv in die Krise geraten« (Buckel et al. 2012, 37) war. Grundlage hierfür war ebenso wie beim national-sozialen Hegemonieprojekt, dass die aufkommenden Krisenerscheinungen aufgrund ihrer europäischen (Banken- und Euro-Krise) beziehungsweise transatlantischen/globalen Reichweite (Finanzkrise) im ersten Moment eine Problemlösung auf übergeordneten Ebenen evozierten, die die Formulierung anschlussfähiger Strategien im Rahmen dieser beiden, auf die mitgliedstaatliche Ebene fokussierenden, Hegemonieprojekte erschwerte.

6.1 Die Umdeutung zur Staatsschuldenkrise als erstes strategisch-diskursives Moment neoliberaler Rückeroberung

Die ersten Reaktionen auf die Fiskalproblematiken in Griechenland im Herbst 2009 bestanden auf europäischer Seite aus der öffentlichen Beschwörung der griechischen Eigenverantwortung zur Lösung der Refinanzierungsprobleme und einem immer stärker aufgebauten Druck gegenüber Griechenland, »seine Angelegenheiten in Ordnung

zu bringen. Man erklärte Griechenland unmissverständlich, dass man es nicht retten würde«, so der spätere Vorsitzende der Euro-Gruppe Dijsselbloem (2019, 54). Nach der unterlassenen gemeinsamen Anstrengung im Kontext der europäischen Bankenkrise(n) 2008 schien es, als dass auch im Jahre 2009 die Mitgliedstaaten der EU beziehungsweise der Eurozone erneut nicht bereit waren, gemeinsam-europäisch, dieses Mal gegen die zunehmenden Spekulationen gegenüber Griechenland, zu intervenieren. Zwar ließ der Europäische Rat im Frühjahr 2010 verlautbaren, die griechische Regierung in ihren Anstrengungen zu unterstützen (vgl. ER 2010c); konkrete Maßnahmen sollten allerdings erst dann folgen, wenn die Finanzstabilität des »Euroraums als Ganzes« (ebd.; Übers. J. G.) in Gefahr geriete. Dieser Fall trat schneller ein als erhofft; bereits im März 2010 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone (»Euro-Gipfel«) auf koordinierte bilaterale Darlehen für Griechenland (vgl. Euro-Gipfel 2010b, 1). Der März 2010 markiert retrospektiv somit den *point of no return* der Euro-Krise. Griechenland musste schließlich im April 2010 die in Aussicht gestellten bilateralen Darlehen (das sogenannte »Griechenland-Paket«) der anderen Euroländer in Anspruch nehmen, um dem Staatsbankrott und einem möglichen Herausbrechen aus der Währungsunion zu entgehen. Einher ging diese Inanspruchnahme mit der Verpflichtung auf einen harten Reform- und Sparkurs, festgelegt in einem Memorandum of Understanding (MoU), der nicht nur die »Griechenland-Rettung« sondern auch die Kreditprogramme für weitere Euro-Staaten bis heute maßgeblich prägt. Das Motto lautete »Solidarität gegen Austerität« (Hufeld 2011). Grundlage für die strikte austeritäre Konditionalisierung der Hilfskredite stellte die zuvor vollzogene »Umdeutung« der Refinanzierungszur *Staatsschuldenkrise* dar: »Schob man die Verantwortung für die Krise zunächst auf die Finanzmärkte, wurde danach – nahezu übergangslos – die »verantwortungslose« Fiskalpolitik bestimmter Mitgliedsländer als vermeintliche Krisenursache identifiziert« (Bibow & Flassbeck 2018, 9). Die Staatsschuldenkrise wurde schließlich »zum Synonym für die Euro-Krise« (Neubäumer 2011, 827), und es sei »der Eindruck entstanden, dass die derzeitigen Schwierigkeiten an den Finanzmärkten das Ergebnis einer unsolideren Fiskalpolitik im Euroraum sind.« (Ebd.) Das Narrativ der Staatsschuldenkrise lautet:

»There was essentially nothing wrong with the initial design of EMU, and the crisis resulted mostly from the fact that several peripheral countries did not respect that design – in particular the fiscal rules of the Stability and Growth Pact – which generated the sovereign debt crisis.« (Constâncio 2014, 251)

Diesem Narrativ und seiner Schuldzuweisung an die mitgliedstaatlichen Fiskalpolitiken folgend, wählten die Euro-Mitgliedstaaten anstelle einer gemeinsamen Bürgschaft für ihre Schulden – und somit auch derer Griechenlands – einen Bewältigungspfad, der die Problemlösung zuvorderst bei ihnen selbst verortete. Hätten sie hingegen

»die Schulden Griechenlands zu den Schulden der gesamten EU erklärt, wäre auf den Finanzmärkten sofort Ruhe eingekehrt. Damit wäre Zeit gewonnen worden, um eine Antwort auf die strukturellen Probleme sowohl der Weltwirtschaft als auch der europäischen Ökonomien zu finden.« (Vogel 2013, 23; vgl. auch Polster 2014, 68)

Mit der Verschiebung des Krisenfokus auf die zunehmenden Refinanzierungsprobleme und der hierdurch einsetzenden Euro-Krise ab Herbst 2009 bot sich den neoliberale

ralen Akteur*innen im Kampf um die Diskurshoheit somit die Möglichkeit für einen, letztlich erfolgreichen, Rückeroberungsversuch (vgl. auch Payandeh 2009, 88). Mit Bekanntgabe des griechischen Defizits eröffnete sich die strategische Chance, ein neues Krisenkapitel aufzuschlagen und den Kriseninterventionismus á la Keynes und der Desavouierung des Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen. In der Umdeutung der staatlichen Refinanzierungs- zur Staatsschuldenkrise verdichtete sich dabei ein europäisches Kräfteverhältnis, das geprägt war von einer »impliziten Allianz« *autoritär- und orthodox-neoliberalen* Kräfte und dem

»vor allem in Deutschland verankerten ordo-konservativen Bündnis [...]. Dieses Bündnis umfasste einerseits die national-konservativen Hegemonieprojekte in Deutschland und anderen Zentrumsstaaten, mithin jene gesellschaftlichen Kräfte, die einem stark vertieften europäischen Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden [...].« (Georgi & Kannankulam 2015, 354; vgl. dies. 2012, 9)

Diesem reaktionären Bündnis gelang es am Ausgangspunkt der Euro-Krise, eine Diskursverschiebung als einen ersten von drei diskursiv-strategischen Rückeroberungsmomenten zu initiieren, die sich auch in den ersten Reaktionen auf die fiskalischen Probleme Griechenlands in den »offiziellen« EUSA-Reaktionen niederschlugen und die angeblich unverhältnismäßigen Fiskalpolitiken einzelner Mitgliedstaaten ins Zentrum des politischen Aktionismus rückte. Schuldenpolitik sei letztlich »zu einer moralischen Frage gemacht« (Blyth 2014, 37) worden und Austerität daher »die Strafe, die schmerzhafteste Rückkehr zur Tugend nach der unmoralischen Party« (ebd.), die nicht nur die Phase der aufkommenden Euro-Krise (Herbst 2009 bis Frühjahr 2010) maßgeblich prägen sollte. »Die Idee der Austerität« sei dabei durchaus »intuitiv und attraktiv«, so Blyth (2014, 30) und »lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Schulden können nicht die Lösung für Schulden sein.« (Ebd.) Austeritätspolitik trägt überdies aber auch weitreichende wirtschaftspolitische Implikationen in sich. Sie

»ist eine Art Deflationierung, wobei die Wirtschaft durch eine Senkung von Löhnen, Preisen und öffentlichen Ausgaben wettbewerbsfähiger gemacht wird. Erreicht wird dieses Ziel (angeblich) am besten, indem man das Budget, die Schulden und die Defizite des Staatshaushalts reduziert. Dies soll bei den Unternehmen für Zuversicht sorgen, da der Staat einerseits die privaten Investoren nicht mit seinen eigenen Schuldtiteln vom Kapitalmarkt verdrängt und andererseits die ohnehin schon »zu hohen« Staatsschulden nicht weiter erhöht werden.« (Ebd., 24)

Geradezu froh schienen markliberale Kommentator*innen deshalb darüber, dass die Akteur*innen des Finanzkapitals, die zuvor selber noch in einer tiefen (Glaubwürdigkeits-)Krise steckten, nun eine (Vertrauens-)Krise staatlicher Schuldenbedienung heraufbeschwören konnten: »Dies ist die ›Zinskeule des Finanzmarktes‹, lobte die Frankfurter Allgemeine Zeitung. »Nur diese eine Sprache versteht die Politik wirklich, nur diese zwingt sie zur Reaktion« (FAZ, 16.8.2011), das heißt zum Schuldenabbau«. (Kaufmann & Stützle 2016, 53)

Es war schließlich das »ideologische Interesse« (Mitchel 2017, 340) beziehungsweise die »rein ideologisch motivierte Dichtung« (Bibow & Flassbeck 2018, 20) der neoliberalen Akteur*innen der autoritär- und orthodox-neoliberalen Fraktionen, die auf ein

weites Netzwerk von Thinktanks zurückgreifen konnten (vgl. bspw. Plehwe, Neujeffski & Krämer 2018), aus den Refinanzierungsproblemen Griechenlands eine Staatsschuldenkrise zu konstruieren, auf deren Grundlage schließlich eine Art Rehabilitierung des Neoliberalismus angestrebt wurde. Die Akteur*innen national-konservativer Hegemonieprojekte boten sich hier, unter anderem aufgrund ihrer Fokussierung auf den mitgliedstaatlichen Scale (»Eigenverantwortung«) und ihrer Ablehnung weitreichender europäischer Krisenlösungen (»No-Bail-Out-Gebot«), als geeignete Durchsetzungshelfen geradezu an und halfen somit dem neoliberalen Projekt zurück in die erste Reihe europäischer Politik.

Aufgrund der hohen Krisen(folge)kosten gerieten im Sog des neuen Narratives der Staatsschuldenkrise und der hierdurch propagierten Unterlassung, mit der neues Öl ins Krisenfeuer gegossen wurde und letztlich die implizite Annahme einer Haftungsgemeinschaft in der Eurozone revidieren sollte, schnell auch Irland und Spanien unter den Verdacht einer unsoliden Haushaltsführung, obwohl sie vor dem Einsetzen der Krisendynamik noch als Länder mit einer vorbildlichen Haushaltspolitik galten. Portugal und Italien, die bereits vor der Euro-Krise hohe Schuldenstandsquoten (60 %-Kriterium) aufwiesen, folgten rasch. Die »Maastricht-Sünder« der Vorkrisenjahre (insbesondere Deutschland und Frankreich, die das 3 %-Defizitkriterium mehrfach nicht einhielten) überstanden die Krise trotz ebenfalls steigender Schuldenstände (Bankenrettungs- und Konjunkturpakete) hingegen mit nur moderaten Blessuren. Die einseitige Ursachenforschung mit Fokus auf die staatliche Verschuldung erscheint demnach und vor dem Hintergrund der attestierten EWWU-Funktionsdefizite als wesentlich zu kurz gegriffen. Nicht zuletzt deshalb wurde dem in der Umdeutung zur Staatsschuldenkrise ausgedrückten, ersten strategisch-diskursiven Moment neoliberaler Rückeroberung durch eine Überstilisierung der aufkommenden Reformagenda nicht nur zur »Rettung« des Euros, sondern der gesamten EU im Sinne einer Art EU-Staatlichkeitsräson und der hierdurch vermittelten Krisenlegitimität ein zweites strategisch-diskursives Moment neoliberaler Rückeroberung zur Seite gestellt.

6.2 Der exzeptionelle Charakter der Krise und das Rettungsdispositiv als zweites strategisch-diskursives Moment neoliberaler Rückeroberung

Die Konsequenzen aus der anfänglichen Unterlassung von weitergehenden europäischen Maßnahmen zur Unterstützung Griechenlands vor dem Hintergrund der Diagnose einer Staatsschuldenkrise sowie der heraufbeschworenen Eigenverantwortung der griechischen Regierung 2009/10 zeigten sich bereits schnell und in aller Deutlichkeit. Einerseits konnte die begrenzte Hilfe für ein Land (bilaterales Griechenlandpaket) nicht die Probleme in den weiteren von der Refinanzierungskrise betroffenen Staaten lösen, zum anderen reichten die gemachten Zusagen nicht einmal aus, um den akuten Druck der Finanzmärkte auf Griechenland nachhaltig zu lindern: »Dieser Schritt hat die Finanzmärkte nicht beeindruckt. Eine Woche später kehrte die Panik zurück und es wurde deutlich, dass weitere Maßnahmen erforderlich waren.« (Dijsselbloem 2019, 59) Schließlich mussten auch die Staats- und Regierungschefs einsehen, dass es eines systematischeren Ansatzes bedurfte, um der sich immer weiter verschärfenden